



BUNDESARCHITEKTENKAMMER

Bundesarchitektenkammer (BAK)

Jahresbericht 2008 / 2009

zur 81. Bundeskammerversammlung (BKV)

Impressum:

Autoren des Berichts
der Geschäftsstelle:

Thomas Haas (TH)
Joachim Jobi (JJ)
Robert Joest (JÖ)
Ute Kluge (UK)
Thomas Maibaum (TM)
Dr. Tillman Prinz (TP)
Claudia Sanders (CS)
Corinna Seide (SE)
Gabriele Seitz (GS)
Barbara Chr. Schlesinger (BS)
Petra Schroer (PS)
Roland Stimpel (RS)
Cathrin Urbanek (CU)
Dr. Thomas Welter (TW)

Redaktion:
Alexandra Ripa
Corinna Seide

Grußwort

„We are called to be architects of the future, not its victims“ [R. Buckminster Fuller] und genau das haben wir im Berichtszeitraum wieder erfolgreich gezeigt. Denn gemessen an den schon klar formulierten Regierungsplänen zur vollständigen Abschaffung der HOAI mit nachfolgendem Dauerangriff auf den Anwendungsbereich (Reduzierung Leistungsphasen, Reduzierung Tabellenendwerte, Reduzierung Honorarverbindlichkeit, etc.) ist es mit gemeinsamer Kraftanstrengung gelungen, ein Auftraggebern und Auftragnehmern dienendes Honorarrecht weiter zu etablieren. Natürlich ist es damit bei weitem nicht getan: Jetzt geht es darum, einerseits die neuen Regelungen in der Praxis zu vermitteln, andererseits die „Hausaufgaben“, die der Bundesrat der Bundesregierung aufgegeben hat, schnellstmöglich anzugehen. Auch hierzu brauchen wir wieder die Bündelung und Koordinierung aller ehren- und hauptamtlichen Kräfte.

In ihrem jeweiligen Kompetenzfeld wirkend, ist bei allen berufspolitischen Zielsetzungen das Zusammenspiel von Kammern und Verbänden von entscheidender Bedeutung. Auf bundes-, europäischer und internationaler Ebene wird die berufspolitische Arbeit der Bundesarchitektenkammer als maßgebend anerkannt und gewürdigt. Damit ist die berechnete Forderung verbunden, die komplexen Verbandsstrukturen vertrauensvoll und kontinuierlich einzubinden, um auf diese Weise noch wirkungsvoller die gemeinsamen Interessen der Architekten, Landschaftsarchitekten, Innenarchitekten, Stadtplaner und Ingenieure zur Geltung zu bringen.

Mein Dank gilt daher in diesem Jahr ganz besonders allen, die uns mit ihrem Vertrauen in unsere Arbeit entscheidend gestärkt und damit zu den berufspolitischen Erfolgen beigetragen haben! Ich danke ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BAK-Geschäftsstellen in Berlin und Brüssel für ihre große Einsatzbereitschaft und ihre hohe Identifikation mit den berufspolitischen Herausforderungen für Architekten und Stadtplaner. Ebenso gilt mein Dank dem Präsidium, dem Vorstand und allen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Länderkammern für deren intensiven zeitlichen Einsatz für ihre Bundeskammer und der konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit sowie allen ehrenamtlich Engagierten in Ausschüssen, Projektgruppen und anderen Gremien. In diesem Sinne ist der nachfolgende Überblick weniger Rückschau als vielmehr Ansporn für die berufspolitischen Aufgaben der vor uns liegenden 17. Legislaturperiode. Ich wünsche anregende Lektüre und freue mich sehr über Ihre Anregungen zu dem ein oder anderen Thema.

Dr. Tillman Prinz, BAK-Bundesgeschäftsführer

INHALT

BAUKULTUR UND STADTENTWICKLUNG	7
Bundesauftakt Tag der Architektur 2009	7
Elfte Architekturquartett	7
Netzwerkkampagne bauTraum	8
Architekturbiennale Venedig 2010	8
Rat für Baukultur	8
Deutscher Architekturpreis	9
Deutscher Preis für Denkmalschutz 2009	9
Mies van de Rohe Award 2009	9
BERUFSQUALIFIKATION	9
Aktuelle Daten und Fakten	9
Architektur und Ausbildung	11
RECHT (HOAI UND VERGABE)	13
HOAI: 6. Novelle abgeschlossen	13
RPW-2008: Neue Wettbewerbsregeln in Kraft	13
Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF): Erhalten, verbessert – Novelle fast abgeschlossen	14
Vergaben unterhalb der Schwellenwerte: Vorerst keine Bürokratisierung	14
Krankengeld für Selbständige: Anspruch wieder eingeführt	15
Sachverständigenwesen: Rechtsgrundlagen für die öffentliche Bestellung und Vereidigung („öbuV“) erhalten	15
Architektenvertragsrecht/Haftung	16
Public Private Partnership	17
BERUFSPRAXIS	17
Nachhaltiges Bauen	17
Energieeffizientes Planen und Bauen	19
Initiative kostengünstig qualitätsbewusst Bauen	22
Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“	22
Barrierefreies Bauen	23
Arbeitsschutz, Sicherheit und Gesundheit – Aufgabe und Pflicht für Planer	24
Normung und Musterordnungen	25
NETZWERK ARCHITECTUREXPOR	28
Neues vom NAX	28
NAX-Veranstaltungen	28
EUROPA / INTERNATIONALES	31
Architects' Council of Europe	31
EU-Binnenmarkt und Recht	31
Europäische Energiepolitik	33
Standardisierung und Normierung	34
Stadt- und Regionalpolitik	35
Europaseminar	36

Europäisches Forum für Architekturpolitik	36
Union Internationale des Architectes	36
ALLGEMEINE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	38
Imagekampagne	38
Leitbild Bau	38
Leitbild Bau – Studie „Über den Zusammenhang von Qualität, Vergabeart und Vergütung“	39
Leitbild Bau – Studie "Rolle der Architekten und Ingenieure bei unterschiedlichen Auftraggebermodellen"	39
Kultur- und Kreativwirtschaft	39
Wahlprüfsteine der planenden Berufe in Deutschland zur Bundestagswahl 2009	40
Deutsches Architektenblatt	41
Expo Real 6.-8. Oktober 2008 in München: Messeauftritt der BAK	41
IT Workshop und Branchendialog	42
AUS DER GESCHÄFTSSTELLE	42
Optimierung der Kammerzusammenarbeit	42
Rundfunkgebühren für Internet-PCs	43
Klima-Manifest „Vernunft für die Welt“	43

BAUKULTUR UND STADTENTWICKLUNG

Bundesauftakt Tag der Architektur 2009

Im Zentrum des diesjährigen Bundesauftritts am 27. Juni stand das geschichtlich wie politisch sehr bedeutsame Hambacher Schloss in Neustadt an der Weinstrasse. Das Hambacher Schloss wird seit 2005 von dem Architekten Max Dudler in drei Bauabschnitten umgebaut und erweitert. Nach der Begrüßung durch Landrätin Sabine Roehl, Vorstandsmitglied der Stiftung Hambacher Schloss, hielt Prof. Dr. Ingolf Deubel, Minister der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, eine Festrede. Prof. Arno Sighart Schmid betonte in seinem berufspolitischen Statement, dass es den Architekten darum ginge, die Öffentlichkeit für die wesentliche Aufgabe des Berufsstandes zu sensibilisieren: die schönste, funktional und wirtschaftlich optimale, zukunftsfähige gebaute Umwelt zu planen, zu gestalten und zu bauen sowie für den Erhalt der natürlichen Umwelt in ihrer vollen Vielfalt und Funktionstüchtigkeit einzutreten. Anschließend berichtete Prof. Max Dudler von den Planungen für die barrierefreie Erschließung und die Neugestaltung der großen Säle im Hambacher Schloss und den Neubau eines Informations-, Veranstaltungs- und Gastronomiegebäudes. Dann eröffnete Stefan Musil, Präsident der rheinland-pfälzischen Kammer, offiziell den bundesweiten Tag der Architektur. (UK)

Elfte Architekturquartett

Der interessierte Laie und drei Architekturkritiker befassen sich bei dem diesjährigen Architektur-Quartett am 11. September 2009 im Kino International in Berlin mit drei sehr unterschiedlichen, noch im Planungsstadium befindlichen Großprojekten aus ganz Deutschland. Zur Diskussion stehen die Elbphilharmonie von Herzog und de Meuron in Hamburg, das Projekt „Stuttgart 21“ von Christoph Ingenhoven sowie das Humboldt-Forum von Franco Stella in Berlin. Als Kritiker wirken in diesem Jahr Amber Sayah (Stuttgarter Zeitung), Rainer Haubrich (Welt) und Claudius Seidl (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung) mit. In der Rolle des interessierten Laien wird Kameramann Michael Ballhaus die Diskussionsrunde bereichern. (UK)

Netzwerkkampagne bauTraum

Die Netzwerkkampagne „bauTraum“, die auf Initiative der Bundesstiftung Baukultur zusammen mit der Bundesarchitektenkammer und der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und dem mit der Durchführung betrauten Förderverein Bundesstiftung Baukultur e. V. für das zweite Schulhalbjahr 2009/2010 startet, soll dem Thema Baukultur und Schule bundesweit eine hohe öffentliche und politische Aufmerksamkeit verschaffen. Anliegen der Netzwerkkampagne ist, dass der Sensibilisierung und Bildung auf dem Feld der Baukultur ein fester Platz in den Schulen bzw. in der Schulbildung eingeräumt wird. Baukulturelle Aspekte im eigenen Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen wie auch im gesellschaftlichen Kontext sollen stärker wahrnehmbar und erlebbar sowie das baukulturelle Umfeld von Kindern und Jugendlichen verbessert werden. Am 14. September 2009 findet in der Temporären Kunsthalle in Berlin die Auftaktveranstaltung zur Kampagne statt. (UK)

Architekturbiennale Venedig 2010

Professor Arno Sighart Schmid ist in die Findungskommission für den deutschen Beitrag zur 12. Architekturbiennale 2010 eingebunden. Im Vorfeld der ersten Sitzungen wurde bei den Länderarchitektenkammern um Vorschläge für das Generalkommissariat gebeten, die zahlreich eingingen und an das Ministerium weiter geleitet wurden. (UK)

Rat für Baukultur

Die Geschäftsstelle des Rates für Baukultur ist weiterhin bei der BAK angesiedelt. Nach dem Weggang von Dr. Claudia Schwalfenberg hat Tanja Waldmann im Februar 2008 die Geschäftsführung übernommen. Sprecher des Rates für Baukultur sind weiterhin Dr. Peter Schabe von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz sowie Dr. Katrin Bek von der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger. Der Rat für Baukultur hat im Rahmen seiner Überlegungen zur Neupositionierung beschlossen, sich auf die intensivere Beteiligung an den Arbeitskreisen des Deutschen Kulturrats und die stärkere thematische Einbringung in die Zeitung „politik & kultur“ zu konzentrieren. Wichtig bleibt den Mitgliedern die Unabhängigkeit des Rats. (UK)

Deutscher Architekturpreis

Unter Schirmherrschaft der BAK lobt die E.ON Ruhrgas AG alle zwei Jahre den bedeutendsten deutschen Architekturpreis aus. Der Vorschlag des BAK-Vorstands, die Zulassung zur Teilnahme zukünftig auf deutsche Architekten und Stadtplaner mit Projekten in Europa und europäische Architekten und Stadtplaner mit Projekten in Deutschland zu beschränken, wurde vom Auslober aufgenommen. Die nächste Auslobung wird voraussichtlich 2010 stattfinden. (UK)

Deutscher Preis für Denkmalschutz 2009

Für den Deutschen Preis für Denkmalschutz wurden fünf Vorschläge von den Länderarchitektenkammern bei der BAK eingereicht und vier Einreichungen wurden für den Preis nominiert. S.K.H. Carl Herzog von Württemberg, der von der Architektenkammer Baden-Württemberg vorgeschlagen wurde, wird für seinen vorbildlichen Einsatz für die Denkmalpflege in Baden-Württemberg mit der Silbernen Halbkugel ausgezeichnet. Professor Dr. Wolfgang Pehnt, der auf Vorschlag der Länderkammer Hessen nominiert war, wird für sein jahrzehntelanges Engagement in Architektur- und Denkmalschutzdebatten mit dem Karl-Friedrich-Schinkel-Ring ausgezeichnet. (UK)

Mies van de Rohe Award 2009

Am 28. Mai 2009 fand die offizielle Preisverleihung im Mies van de Rohe-Pavillon in Barcelona statt. Preisträger war in diesem Jahr die Norwegische Oper in Oslo von Kjetil Trædal Thorsen, Tarald Lundevall und Craig Dykers / Snøhetta. (UK)

BERUFSQUALIFIKATION

Aktuelle Daten und Fakten

a) Architekten und Stadtplaner in Deutschland

Im Jahr 2008 ist der Zuwachs an Architekten und Stadtplanern in Deutschland im sechsten Jahr in Folge moderat ausgefallen. Mit 121.838 eingetragenen Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten und Stadtplanern haben die Architektenkammern der sechzehn Bundesländer zum 1. Januar 2009 zwar einen

neuen Mitgliederrekord erreicht, allerdings nahm die Anzahl der Eintragungen gegenüber dem Vorjahr lediglich um 1.239 Personen oder 1,0 Prozent zu. (TW)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#). und [hier](#).

b) Studierende und Absolventen der Fächer Architektur und Stadtplanung

Eine langfristig niedrige Nachfrage, ein starker Konkurrenzdruck und ein Überangebot an Arbeitskräften kennzeichnen den Markt für Architektur- und Stadtplanungsleistungen. Die Zahl der Architekten und Stadtplaner ist seit Mitte der 90er Jahre von rund 94.000 auf über 121.000 gestiegen. Seit 1995 haben die deutschen Universitäten und Fachhochschulen pro Jahr rund 8.200 Absolventen der Fächer Architektur, Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur und Stadtplanung verlassen. Dies sind doppelt so viele Absolventen wie altersbedingt Berufsangehörige aus dem Arbeitsleben ausscheiden.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht jährlich die Anzahl der Prüfungen an deutschen Hochschulen und die Anzahl der Studierenden an deutschen Hochschulen. (TW)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

c) Verbessertes Geschäftsklima bei der ifo Architektenumfrage

Laut der vierteljährlichen Befragung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München zur Auftragssituation der freischaffenden Architekten in Deutschland hat sich das Geschäftsklima zu Beginn des 2. Quartals 2009 aufgehellt. Die befragten Architekten waren mit ihrer aktuellen Geschäftslage sichtlich zufriedener als im Vorquartal.

Im Jahr 2003 hatte das Geschäftsklima bei den freischaffenden Architekten seinen Tiefstand erreicht. Nach einer kurzen Belebung Ende 2003 und einer Stagnation in den Jahren 2004 und 2005 hat sich die konjunkturelle Situation der Architekten in Deutschland seitdem kontinuierlich verbessert. Trotz der weltweiten Wirtschaftskrise zeigt sich die Konjunktur der Architekten robust.

Die Auftragsbestände erreichten zum Ende des 1. Quartals 2009 erstmals seit Mitte der 90er Jahre wieder 5,3 Monate. Vor rund fünf Jahren waren die Auftragspolster noch um fast ein Drittel kleiner. Das ifo Institut geht von einer stabilen Nachfrage nach Architektenleistungen in den Jahren 2009 und 2010 aus. (TW)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

d) Struktur des Planungsmarktes

Die drei regelmäßigen Publikationen: „Branchen spezial“ der Volksbanken Raiffeisenbanken sowie Dienstleistungsstatistik und Umsatzsteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes liefern in übersichtlicher, standardisierter Form fundierte Zahlen und Analysen zur Branchenstruktur und zur betriebswirtschaftlichen Situation der Architekturbüros in Deutschland. Aktuell berichten die Publikationen über stabile Umsätze in 2009 und eine nur ausreichende Ertragslage. (TW)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

e) Kosten- und Ertragssituation in Architekturbüros

Auch im Jahr 2009 führen verschiedene Architektenkammern der Länder eine Analyse der Büro- und Kostenstruktur der freiberuflich tätigen Mitglieder der Architektenkammern für das Berichtsjahr 2008 durch. Die aggregierten Bundesergebnisse werden im Oktober / November 2009 erwartet und können dann unter www.bak.de, Rubrik Daten und Fakten, Unterrubrik Architektenbefragungen eingesehen werden. (TW)

f) Gehaltsumfrage unter den angestellten und beamteten Mitgliedern der Architektenkammern der Länder

Ende 2008 haben fünf Architektenkammern – Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen – eine Befragung ihrer angestellten Mitglieder zu Tätigkeiten, Gehältern und Arbeitsbedingungen durchgeführt. Zwei grundsätzliche Trends lassen sich beobachten: Frauen verdienen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen deutlich schlechter und Architekturbüros zahlen im Vergleich zur gewerblichen Wirtschaft oder dem öffentlichen Dienst geringere Gehälter und gewähren weniger Zusatzleistungen. (TW)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Architektur und Ausbildung

a) Allgemeines

Bachelor- und Masterstudiengänge sind überwiegend eingeführt. Eine Orientierung anhand der Abschlussbezeichnungen ist auf Grund der Angebotsvielfalt nur noch bedingt möglich. Die Beurteilung, ob Studienabschlüsse

und Studienzeit die erforderliche Qualität für die Eintragung in die Architekten- respektive Stadtplanerliste gewährleisten, wird zunehmend schwieriger. Der in 2005 beschlossene Grundsatz eines 5-jährigen, mindestens jedoch eines 4-jährigen Vollzeitstudiums nach EU-Berufsanerkennungsrichtlinie für alle Fachrichtungen wurde vom BAK-Vorstand wiederholt bekräftigt. Die Hochschulen sollen keine Abschlussbezeichnungen verwenden, die mit dem Schutz der Berufsbezeichnung in Konkurrenz treten. (BS)

b) Einführung von Bachelor-/Masterstudiengängen – Leitfäden zur Berufsqualifikation

Die für eine bundesweit einheitliche Bewertung von Studienverläufen in 2007/2008 entwickelten Leitfäden zur Berufsqualifikation, mit denen die Ausbildungsbiografien von Antragstellern im Hinblick auf die Erfüllung der Mindeststandards abgeglichen werden können, sollen bei Eintragungsverfahren getestet werden. Zum Informationsaustausch über bewertete Studienverläufe zwischen den Eintragungsausschüssen der Länderarchitektenkammern ist eine Intranetplattform verfügbar. Zudem finden regelmäßige Treffen der für die Eintragung Verantwortlichen statt. (BS)

c) Europäischer und Deutscher Qualifikationsrahmen

Die am 29. Januar 2008 beschlossene Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (EQF) soll Transparenz hinsichtlich der Qualifikationen und Kompetenzen schaffen sowie die Durchlässigkeit zwischen den allgemeinbildenden, beruflichen und hochschulischen Bildungsbereichen befördern. Die Umsetzung erfolgt über den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR), der seit Frühjahr 2009 als Entwurf vorliegt und derzeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen (z.B. Metall/Elektro, Handel und IT-Bereich) getestet wird. Eine Einführung ist für 2012 geplant. Ziel ist, eine angemessene Zuordnung von in Deutschland erworbenen Qualifikationen in der EU zu erreichen. Der DQR ist kontinuierlich kritisch zu begleiten, da mit der Feststellung von „Gleichwertigkeit“ die eindeutige Abgrenzung zwischen den Berufsqualifikationen geschwächt und die EU-Berufsanerkennungsrichtlinie unterlaufen wird. (BS)

RECHT (HOAI UND VERGABE)

HOAI: 6. Novelle abgeschlossen

Viele haben schon nicht mehr daran geglaubt: Nach fast 14 Jahren ist sie nun auf dem Tisch, die novellierte HOAI. Das ist ein Erfolg für die Architektenschaft, schon wegen der pauschalen Erhöhung der Honorare um 10 Prozent. Zu Recht wird zwar bezweifelt, dass sich diese wirtschaftlich auch immer 1:1 für den Berufsstand realisiert. Die neue HOAI eröffnet nämlich eine Reihe neuer Verhandlungsmöglichkeiten, die die pauschale Erhöhung nach oben wie nach unten beeinflussen können. Unter dem Strich dürfte sich jedoch ein durchaus positiver Saldo ergeben. Mit der Vereinfachung ist es auf Grund der erheblichen Umstrukturierung und einiger fundamentaler Neuregelungen allerdings nicht weit her. Hier werden für den Anwender schon einige Fahrstunden nötig sein, bevor der Führerschein für die neue Gebührenordnung in der Tasche ist. Als Hilfestellung werden, neben vielen Fortbildungsveranstaltungen, Hinweise für den Umgang mit den neuen Regelungen im DAB und unter der Rubrik HOAI auf dabonline.de angeboten. Was noch fehlt, ist die überfällige Modernisierung der Leistungsbilder. Ebenso besteht redaktionell und handwerklich noch dringender Überarbeitungsbedarf. Daher ist es begrüßenswert, dass der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert hat, die angekündigte zweite Stufe der Novellierung rasch zu beginnen, nach einem Jahr Bericht zu erstatten und die Novellierung auch in der kommenden Legislaturperiode abzuschließen. Als Einstieg in die nächste Runde titelt denn auch die Pressemitteilung der BAK zur Zustimmung des Bundesrats vom 12. Juni 2009: „Nach der Reform ist vor der Reform“. (TM)

RPW-2008: Neue Wettbewerbsregeln in Kraft

Mitte 2008 legte das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) den Entwurf einer neuen Wettbewerbsordnung (RPW - Richtlinien für Planungswettbewerbe) vor. In nachfolgenden Gesprächen mit Vertretern des BMVBS konnte die Bundesarchitektenkammer in Abstimmung mit der Bundesingenieurkammer noch zusätzliche Änderungsvorschläge in die Endfassung der RPW einfließen lassen. Die RPW 2008 wurde per Erlass mit Wirkung zum 01. Januar 2009 für den Bundesbau verbindlich eingeführt. Das Ziel, die Regeln auch in den Bundesländern einheitlich einzuführen, wird dagegen nur schrittweise erreicht. Bisher ist eine verbindliche Einführung der neuen

Wettbewerbsregeln in sieben Bundesländern erfolgt, teilweise aber mit Abweichungen bzw. mit der Möglichkeit von Ausnahmeregelungen Gebrauch zu machen. Zur Vorstellung der RPW 2008 hat die Bundesarchitektenkammer gemeinsam mit dem BMVBS und der Bundesingenieurkammer Anfang des Jahres 2009 zwei Einführungsveranstaltungen durchgeführt. Speziell Planer und öffentliche sowie private Auslober konnten hier praktische Hinweise zu den neuen Regeln erlangen und sich mit deren Umgang vertraut machen. (TM)

Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF): Erhalten, verbessert – Novelle fast abgeschlossen

Noch Anfang dieses Jahres wurde im BMWi mit dem Gedanken an eine Fusionierung von Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) und VOF geliebäugelt – damit hätte die bislang prägnante Differenzierung zwischen freiberuflichen Leistungen und sonstigen Leistungen (im Sinne von Lieferungen und Dienstleistungen) sicherlich Schaden genommen. Schließlich konnte das BMWi von der Aufrechterhaltung der vorwiegend am Leistungs- und nicht am Preiswettbewerb orientierten VOF überzeugt werden.

In der anschließenden Phase der Überarbeitung der VOF wurden eine Reihe von Anregungen der BAK aufgegriffen. Einer der wesentlichen Vorschläge zur Entbürokratisierung des Verfahrens war es, dass in der Stufe des Teilnahmewettbewerbs in der Regel keine detaillierten Nachweise der Eignungsvoraussetzungen, sondern nur noch Eigenerklärungen verlangt werden dürfen. Darüber hinaus war es ein besonderes Anliegen, dass die Vorschriften geschärft werden, die einen Missbrauch der Teilnahmevoraussetzungen entgegenwirken sollen. Diese Anregung hat sich der Gesetzgeber zu eigen gemacht. (TM)

Vergaben unterhalb der Schwellenwerte: Vorerst keine Bürokratisierung

Mit dem im BMWi angesiedelten Deutschen Verdingungsausschuss für Leistungen (DVAL) gibt es seit Anfang 2009 einen grundsätzlichen Konflikt bezüglich der Frage, ob die Vergabe freiberuflicher Leistungen im Unterschwellenbereich vergaberechtlich geregelt werden soll und wo für diesen Fall die Zuständigkeit für die Formulierung dieser Regelungen liegt. Dies betrifft Aufträge bis zu einem Wert von 206.000 EUR, d.h. über 90 Prozent der öffentlichen Aufträge, die an Architekten vergeben werden. Die BAK hat eine zusätzliche Formalisierung und Bürokratisierung dieses Bereichs immer als kontraproduktiv angesehen, insbesondere mit Blick auf die Zugangsmöglichkeiten

junger und kleiner Büros zu öffentlichen Aufträgen. Der DVAL hat den Regelungsbedarf demgegenüber bejaht und gegen den Protest von insbesondere BAK, BInGK und BfB die Regelungsbefugnis für sich selbst reklamiert. Anders als im Hauptausschuss VOF, dem ebenfalls im BMWi angesiedelten Ausschuss zur Erarbeitung der VOF, haben die freien Berufe im DVAL weder Sitz noch Stimme. Die BAK wurde schließlich immerhin als Gast in den DVAL-Hauptausschuss und den DVAL-Vorstand eingeladen und konnte dort dazu beitragen, die Diskussion zu versachlichen. Im Ergebnis wurde vom DVAL-Vorstand beschlossen, zumindest in der laufenden Novellierung der VOL Änderungen der bestehenden Rechtslage insoweit nicht weiter zu verfolgen. Wie schnell dieses Thema wieder auf den Tisch kommt, dürfte nicht zuletzt vom Ergebnis einer demnächst anstehenden Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zu einer Kommissionsmitteilung über Rechtspflichten im Unterschwellenbereich abhängen. (TM)

Krankengeld für Selbständige: Anspruch wieder eingeführt

Im Zuge der Gesundheitsreform hatte der Gesetzgeber zum 1. Januar 2009 den Anspruch auf Krankengeld für Selbständige und Freiberufler gestrichen. Danach zahlten Selbständige zwar nur einen Kassenbeitrag von 14,9 Prozent anstatt 15,5 Prozent, hatten dafür aber keinen Anspruch auf Krankengeld. Für die Betroffenen, die dennoch nicht auf diesen Schutz verzichten wollten, blieb nur die Möglichkeit, sich entweder privat zu versichern oder aber eine Zusatzversicherung bzw. einen Wahltarif bei der gesetzlichen Krankenversicherung abzuschließen. Über den Bundesverband der Freien Berufe hat die Bundesarchitektenkammer gefordert, diese Regelung rückgängig zu machen. Dem ist der Gesetzgeber inzwischen nachgekommen und hat eine Gesetzesänderung verabschiedet, die zum 1. August 2009 in Kraft getreten ist. Zukünftig haben Selbstständige und Freiberufler im Rahmen einer Wahloption wieder einen gesetzlichen Krankengeldanspruch ab der 7. Woche ohne Zusatzkosten. (TM)

Sachverständigenwesen: Rechtsgrundlagen für die öffentliche Bestellung und Vereidigung („öbuV“) erhalten

Im Zuge des Normenscreenings zur Vorbereitung der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie ist auch die öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen ins Visier der Kontrolleure – in diesem Fall des BMWi – geraten.

Bezüglich der zu Grunde liegenden Vorschrift aus der Gewerbeordnung (§ 36 GewO) wurden zunächst unzulässige Marktzugangshindernisse vermutet und die (künftige) Zulässigkeit der "öbuV" in Frage gestellt. Nach langwierigen Diskussionen zur nicht unkomplizierten Rechtslage wurde schließlich davon abgesehen, Einschränkungen bei der öffentlichen Bestellung und Vereidigung vorzunehmen. Statt dessen wurde neben einer notwendigen Änderung des § 36 GewO eine Neuregelung erlassen, die auf eine Gleichstellung ausländischer Sachverständiger bei der öffentlichen Bestellung und Vereidigung abzielt. Die neuen gesetzlichen Regelungen werden im Dezember 2009 in Kraft treten. Bis dahin werden die Kammern, die Sachverständige bestellen, ihre Sachverständigenordnungen einer Konformitätskontrolle unterziehen müssen. (TM)

Architektenvertragsrecht/Haftung

Kein Architekt, der bei den Worten "gesamtschuldnerische Haftung" nicht zusammensinkt. Was in vielen Bereichen des Zivilrechts als mehr oder weniger gerechte Regelung zum Schutz des Verbrauchers funktioniert, lässt sich für die Position des Architekten nur noch als "den letzten beißen die Hunde" übersetzen. Seit Jahren versucht die BAK, den Gesetzgeber zu einer Lösung dieses Problems zu bewegen – bislang ohne Erfolg. Nun gibt es allerdings Signale, dass der Gesetzgeber einem eigenständigen Architektenvertragsrecht nicht mehr ganz so ablehnend gegenübersteht. Auslöser für diesen Sinneswandel ist nicht nur die Hartnäckigkeit der BAK, sondern auch eine zunehmende Sensibilisierung für die Problematik in der EU. Schon vor einiger Zeit hat vor dem Hintergrund einer vergleichbaren Rechtslage der Belgische Verfassungsgerichtshof den Gesetzgeber aufgefordert tätig zu werden, um die unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten nicht mehr vertretbare Verschiebung der Haftung hin zum Architekten zu korrigieren. Auch die Europäische Kommission hat das Problem erkannt und lässt derzeit die Haftungssituation im Europäischen Bausektor untersuchen, um erforderlichenfalls auf hiervon ausgehenden Störungen des Marktes entgegenzuwirken. Die Unterstützung für eine Aufarbeitung des Problems auf nationaler Ebene ist in der letzten Zeit tatsächlich stark gewachsen. So wird sich nicht nur der Deutsche Baugerichtstag mit dem Thema befassen, auch das BMVBS hat hier den Handlungsbedarf anerkannt. Hierbei dürfte es sich – neben der zweiten Reformstufe zur HOAI – um eines der prioritären berufspolitischen Themen der BAK für die nächste Legislaturperiode handeln. (TM)

Public Private Partnership

Die PPP-Expertengruppe der BAK hat sich zum bundesweit einzigen PPP-Expertennetzwerk und Frühwarnsystem entwickelt. Ziel ist es, Qualität sichernde Aspekte in die PPP-Verfahren einzubringen sowie die Rolle der Architekten in PPP-Verfahren zu stärken. Insbesondere die Zusammenarbeit mit der ÖPP Deutschland AG soll künftig intensiviert werden. Die PPP-Expertengruppe möchte auch Erfahrungen zur Qualitätssicherung stärker einbringen und die Verbindung zur Bundesstiftung Baukultur, den Architektenkammern der Länder sowie den Fortbildungsakademie herstellen. Mit dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie wird derzeit an einer gemeinsamen Position zu „PPP und Baukultur“ gearbeitet. Das PPP Praxishandbuch für Architekten und Ingenieure Band II wird die BAK nun zusammen mit dem BMVBS herausbringen. Durch Verzögerungen, die u. a. durch wechselnde Zuständigkeiten im Ministerium entstanden sind, wird das für 2008 angekündigte Handbuch voraussichtlich erst im IV. Quartal 2009 erscheinen. (PS)

BERUFSPRAXIS

Nachhaltiges Bauen

a) Allgemeines

Die Diskussion zum Thema „Nachhaltigkeit“ und dessen Umsetzung in „Nachhaltiges Bauen“ wird intensiv geführt. Die Entwicklung von Anforderungen an das Planen und Bauen ist äußerst dynamisch. Ausgangspunkt ist insbesondere die Empfehlung zur Leitmarktinitiative für innovative Märkte der EU-Kommission. Hierzu sollen bis 2011 in den Mitgliedstaaten Rechtsvorschriften, Normen, Zertifizierungs- bzw. Gütesiegelsysteme sowie innovationsfördernde Vergabepraktiken eingeführt und Kooperationen sowie die Qualifizierung gefördert werden. Die Bundesregierung hat sich dazu bekannt, dass Deutschland Leitmarkt für Nachhaltiges Bauen, Recycling und erneuerbare Energien sein soll. (BS)

b) Deutsches Gütesiegel Nachhaltiges Bauen

Innerhalb eines Jahres wurde unter erheblichem Engagement des BMVBS, des „Runden Tisches Nachhaltiges Bauen“ und der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) ein erstes Bewertungssystem für Büro- und

Verwaltungsbauten, das rund 65 Bewertungskriterien umfasst, entwickelt und in einer ersten Pilotphase Ende 2008/Anfang 2009 getestet. Die Evaluierung soll bis Ende 2009 durchgeführt werden. Die BAK wirkt in der Vielzahl der Gremien intensiv mit. Das Gütesiegel Nachhaltiges Bauen, das vom BMVBS als „Siegelbewahrer“ veröffentlicht werden soll, wird als ein Teil der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes unterstützt. Herauszustellen sind jedoch die Forderungen nach Freiwilligkeit sowie praktikabler und technisch sinnvoller Verfahren zur Verleihung sowie der Umsetzung des Gütesiegels in der Planungspraxis. Es ist beabsichtigt, eine Informations- und Qualifikationsoffensive „Nachhaltige Architektur und Stadtplanung“ durch die Architektenkammern der Länder und die Bundesarchitektenkammer durchzuführen. (BS)

c) Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB)

Über die vorgenannten Aktivitäten hinausgehend entwickelt die DGNB in Eigeninitiative weitere Systemvarianten zum DGNB-Gütesiegel, z.B. Bestand Büro- und Verwaltungsgebäude, Neubau Wohngebäude (ab 10 WE), Neubau Bildungsbauten, Stadtquartiere, Neubau Handels- und Industriebauten und bietet die Möglichkeit der Zertifizierung von Gebäuden und die Ausbildung von Auditoren an. Auch hier setzen sich Architektenkammern und BAK für eine angemessene Ausgestaltung ein. (BS)

d) Normung zur Nachhaltigkeit

Parallel zu den nationalen Aktivitäten werden Bewertungsmethoden in der europäischen und internationalen Normung entwickelt, die strukturell mit den Vorstellungen des BMVBS und der DGNB vergleichbar sind. Die BAK ist im nationalen Spiegelgremium beim DIN sowie über eine Entsendung des ACE am Lenkungsgremium CEN/TC 350 „Sustainability in Construction Works“ beteiligt. Europäische Normen – im ersten Schritt zur Environmental Product Declaration (EPD) – werden ab 2010 vorliegen. (BS)

e) Digitale Hausakte (BAK / BKI / Fachhochschule Mainz)

Die über die Initiative „Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“ in Papierform erhältliche Hausakte wurde mit finanzieller Förderung des BMVBS zu einer interaktiven PC-Version weiterentwickelt. Sie dient als Ordnungsinstrument für die Planungs- und Ausführungsunterlagen und soll den gesamten Lebenszyklus von kleinen Wohngebäuden begleiten. Ein Hotmail-Service wird derzeit vorbereitet, so dass die Online-Stellung im Herbst 2009 erfolgen kann. Herausgeber ist die BAK, der Vertrieb wird über das Baukosteninformationszentrum der Länderkammern

(BKI) unter fachlicher Betreuung der Fachhochschule Mainz, Prof. Ulrich Elwert, erfolgen.

f) Bauproduktenverordnung

Die Europäische Kommission plant die Neufassung der Bauproduktenrichtlinie. Im Unterschied zur bestehenden Richtlinie soll die Novelle als Verordnung verabschiedet werden. Als neue Anforderungen sollen Nachhaltigkeit, erneuerbare Energien und Recycling in der novellierten Fassung aufgenommen werden. Eine genauere Ausgestaltung, was darunter zu verstehen ist, liegt zwar noch nicht vor, jedoch ist bereits erkennbar, dass hier die europäische Normung – siehe auch Abschnitt d) – als Basis herangezogen wird. (BS)

Energieeffizientes Planen und Bauen

a) Allgemeines

Auf nationaler wie auf EU-Ebene ist Klimaschutz und die Verringerung des CO₂-Ausstoßes ein wesentlicher Politikbereich. Die Beschlüsse, z.B. der EU-Aktionsplan Energieeffizienz, 2007 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft verabschiedet, und das Integrierte Energie- und Klimaprogramm (IEKP) der Bundesregierung werden mit Nachdruck umgesetzt. Mit weiteren, schärferen Anforderungen ist zu rechnen. (BS)

b) EnEV 2007

Zum 01. Juli 2009 ist die Energieeinsparverordnung EnEV 2007 vollständig in Kraft, da die letzte Übergangsfrist abgelaufen ist. Somit ist nun auch bei Verkauf und Neuvermietung von Nichtwohngebäuden ein verbrauchs- oder bedarfsorientierter Energieausweis vorzulegen. Weiterhin ist jedoch darauf zu achten, dass die EnEV in der zur Berechnung notwendigen Software so implementiert ist und insbesondere der öffentlich-rechtliche Nachweis rechtssicher geführt werden kann. Diverse Untersuchungen machen die erheblichen Schwierigkeiten deutlich, die Komplexität der EnEV – insbesondere der DIN V 18599 – zu erfassen. So wurden gravierende Abweichungen im Endergebnis festgestellt, woraufhin das BMVBS um dringende Klärung gebeten wurde. Das BMVBS ließ eine umfangreiche Untersuchung und Analyse vornehmen und kommt zu dem Schluss, dass zwar Mängel bestehen, aber bei Qualitätssicherung zuverlässige Software-Produkte am Markt seien. Für die BAK bestehen hier weiterhin Zweifel. Sie stellt weiterhin die Forderung, dass die

Rechtssicherheit des öffentlich-rechtlichen Nachweises hergestellt wird und Plausibilitätsprüfungen sowie händische Prüfungen möglich sein sollten. (BS)

c) EnEV 2009

Kurz nach Inkrafttreten der EnEV 2007 wurde die nächste Novellierungsstufe der EnEV und damit der Verschärfung der Anforderungen an Gebäude um ca. 30 Prozent vorgenommen. Die BAK hatte bereits zum Referentenentwurf im April 2008 erneut erhebliche Kritik geübt, die sorgfältige Prüfung der wirtschaftlichen Umsetzbarkeit angemahnt sowie Bedenken zur ausschließlichen Einführung der Vornorm DIN V 18599 für den Wohnungsbau geäußert. Der Erhalt der bewährten Nachweismethode konnte erreicht werden. Dies stellt sich derzeit auch deshalb als notwendig heraus, weil der als Berechnungsgrundlage vorgesehene Normteil DIN V 18599-11 bisher nicht der Veröffentlichung zugeführt werden konnte. Erfreulich ist auch die Ausweitung des vereinfachten Verfahrens für Nichtwohngebäude auf weitere Nutzungstypen, das auf Drängen der BAK in die EnEV 2007 aufgenommen wurde. Ein Inkrafttreten der EnEV 2009 soll zum 01. Oktober 2009 erfolgen (BS)

d) EnEV 2012

Die Diskussion zur Umsetzung des nächsten Schritts gemäß IEKP hat bereits begonnen, so z.B. in der „Kommission Klimaschutzpolitik“, die die wirtschaftlichen Auswirkungen für Wohnungswirtschaft und Immobilieneigentümer analysiert und Umsetzungsstrategien formulieren soll. Neben den bereits zu EnEV 2007 und 2009 geäußerten Forderungen verfolgt die BAK u. a. das Ziel, dass sich Anforderungen nicht ausschließlich auf das Einzelgebäude konzentrieren, sondern integrierte Konzepte der Energieeffizienz und -erzeugung auf Grundlage einer gesamtheitlichen Betrachtung zu entwickeln sind, die Stadtgestalt und Architektur sowie das Verhalten der Nutzer einbeziehen. Einen ersten Ansatz hierzu bietet der Wettbewerb „Energetische Sanierung von Großwohnsiedlungen“ sowie von der BAK angeregte Forschungsthemen. Die politische Strategie der Bundesregierung sollte vom Fordern auf das Fördern verlegt werden. (BS)

e) DIN V 18599 „Energetische Bewertung von Gebäuden“

Zur DIN V 18599 äußert die BAK weiterhin Bedenken gegenüber dem BMVBS und den zuständigen DIN-Gremien. Nachdem der vom DIN angenommene Normantrag der BAK zur Vereinfachung der DIN V 18599 wegen unterschiedlicher Interessen sehr zögerlich bearbeitet wurde und die BAK mehrfach gemahnt hatte, gibt es zwischenzeitlich eine breite Basis der

interessierten Kreise, die das Anliegen der BAK unterstützen. Es wird derzeit erstmals aktiv an Lösungswegen gearbeitet wird. Ziel ist, spätestens zur EnEV 2012 zu handhabbaren Alternativen zu kommen. (BS)

f) EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (GebäudeRL)

Die geplante Novelle der GebäudeRL geht über die Ziele des EU-Klimapakets hinaus. So sind neue Anforderungen in der Diskussion, z.B. zu einem unabhängigen Kontrollsystem für Energieausweise, zur verpflichtenden Einführung von Gebäuden, deren CO₂-Emissionen und Primärenergiebedarf gering oder gleich Null sein sollen, und zu einheitlichen europäischen Berechnungsmethoden. Die BAK hat Änderungen zu den Berechnungsverfahren und die Unabhängigkeit der Fachleute, die Energieausweise ausstellen, gefordert. Außerdem wurden Bedenken geäußert, da mit erheblichem, zusätzlichen Verwaltungsaufwand gerechnet werden muss. Dass die EU die besondere Bedeutung der öffentlichen Hand in ihrer Vorbildfunktion hervorhebt, wurde von der BAK ausdrücklich begrüßt. Die Richtlinie soll noch in diesem Jahr beschlossen und in 2010 durch die Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Damit würde eine erneute Anpassung der EnEV bereits vor 2012, wie von der Bundesregierung geplant, erforderlich. (BS)

g) Energieeffizienzgesetz (EnEfG)

Das EnEfG hätte als Umsetzung der EU-Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen (Richtlinie 2006/32/EG) bereits im Mai 2008 umgesetzt sein müssen. Die Bundesregierung legte daher kurzfristig im Februar 2009 einen Gesetzesentwurf vor. Die BAK hat Stellung bezogen, da ein umfängliches, teilweise mit der EnEV und EEWärmeG konkurrierendes und über die EU-Richtlinie hinausgehendes Gesetzeswerk vorgeschlagen wurde, das erhebliche, zusätzliche Pflichten für Unternehmen und Anbieter, also auch Architekten, beinhaltet. Zudem waren eine Vielzahl neuer Kontrollinstrumente und die Einrichtung eines neuen Verwaltungsbereichs vorgesehen, deren Größe und Kostenaufwand angesichts des vorgesehenen Aufgabenbereichs vom Gesetzgeber unterschätzt wird. Wegen erheblicher Differenzen innerhalb der Bundesregierung wurde der Gesetzesentwurf zunächst zurückgestellt. (BS)

h) Normentwurf EN 15900 „Energieeffizienzdienstleistungen“

Immer öfter werden EU-Richtlinien und -Initiativen durch europäische Normungsvorhaben untersetzt, wie auch hier begleitend zum EnEfG. Die BAK hat auf die Kommentierung des DIN gegenüber CEN (European Committee for

Standardization) zu dem Entwurf der europäischen Norm eingewirkt, damit hier eine Ablehnung formuliert wird, da Leistungsbereiche – wenn auch mit empfehlendem Charakter – definiert werden, die den deutschen Rechtsgepflogenheiten, z.B. nach EnEV oder zur Vergabe, widersprechen. Eine erhöhte Aufmerksamkeit ist zudem geboten, da Leistungsbilder und Eignungen der Erbringer definiert werden, die nicht auf den üblichen Leistungsbereich von Architekten, sondern auf größere Unternehmensstrukturen und andere Industriebereiche (z.B. Energiewirtschaft, Elektroindustrie) zugeschnitten sind. In der DIN-Einspruchsverhandlung konnte erreicht werden, dass im Normenausschuss die Mitwirkung der Architekten sehr begrüßt und eine kritische Stellungnahme gegenüber CEN abgeben wird. (BS)

Initiative kostengünstig qualitätsbewusst Bauen

Die Initiative „Kostengünstig qualitätsbewusst Bauen“ des BMVBS besteht seit 2001. Getragen wird die Initiative durch Verbände und Kammern der Bau- und Wohnungswirtschaft, Gewerkschaften und Verbraucher, Baufinanzierer, Ingenieure und Architekten. Im Rahmen der Initiative gibt es eine große Zahl unterschiedlicher Projekte – auch der Länderarchitektenkammern und der BAK –, die vom BMVBS finanziell unterstützt werden. Folgende Projekte konnten erfolgreich abgeschlossen werden:

- a. Bauteam-Modell (AK Baden-Württemberg/AK Rheinland-Pfalz)
- b. Kurzfilme zum Bauen im Bestand (AK Niedersachsen)

Die bereits fertig gestellten Projekte „Vom Traum zum Haus“ (AK Niedersachsen) und „Der Weg zum Bauwerk“ (AK Berlin) stehen zur Nutzung zur Verfügung.

Der von der BAK angeregte Wettbewerb „Zukunft Planen – kostengünstiges, klimagerechtes Bauen und Wohnen im Bestand“ wurde vom BMVBS durchgeführt. (BS)

Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“

a) Allgemeines

Seit Gründung der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ im Herbst 2005 hat sich die Zusammenarbeit der beteiligten Verbände aus der Bau-, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft weiter verstetigt. Gemeinsam werden Positionspapiere erarbeitet, die dann in Spitzengesprächen von Verbänden gegenüber der Politik vertreten werden.

Zu folgenden Themen wurden gemeinsame Positionen erarbeitet:

- a. Ergänzung des § 35a EStG
- b. Lage des Wohnungsbaus vor der Bundestagswahl 2009

Des Weiteren findet ein steter Austausch statt, um praxisgerechte Normen und Verordnungen über ein möglichst gemeinsames Vorgehens, z.B. zur EnEV, Schallschutz, zu erreichen. (BS)

Barrierefreies Bauen

a) Normentwurf DIN 18040 „Barrierefreies Bauen“

Die BAK hatte zum zweiten Entwurf der E DIN 18030 erhebliche Einwände, die dazu führten, dass in 2007 ein neuer, detaillierter Normauftrag DIN 18040, Teil 1: „Öffentlich zugängliche Gebäude“ und Teil 2: „Wohnungen“ erteilt wurde. Die Normenentwürfe sind veröffentlicht und befinden sich derzeit in der Einspruchsberatung, so dass Anfang 2010 die Normen zur Verfügung stehen sollten. Es sind wesentliche Fortschritte gelungen, die den Zielen Praxistauglichkeit, Rechtsicherheit, allgemeingültige Anforderungen auf Mindeststandardniveau wesentlich näher kommen. Vereinfachung und Überschaubarkeit sind ebenso wie Lesbarkeit und Gliederung der Norm zu Gunsten der Arbeitsfähigkeit mit diesem Instrument gelungen. Zudem ist die von der BAK bereits seit langem geforderte zielorientierte Formulierung von Anforderungen enthalten, so dass Planungsalternativen zu den in der Norm vorgegebenen Maßangaben möglich sind, wenn das Schutzziel erreicht wird. Die BAK hat zwar im Einspruchsverfahren noch umfangreich Verbesserungen vorgeschlagen, begrüßt aber die baldige Veröffentlichung der beiden Normteile. (BS)

b) Normentwurf DIN 32975 „Optische Kontraste im öffentlich zugänglichen Bereich“

Im Normenausschuss Medizin wurde der Normentwurf zur DIN 32975 überarbeitet, der sich ursprünglich mit Kommunikations- und Arbeitsmitteln für sehbehinderte Menschen beschäftigte, aber auf technische Anforderungen an Gebäude und Bauteile ausgedehnt wurde. Die BAK hat mehrfach Widerspruch erhoben. Denn zum einen wird mit der parallelen Bearbeitung zur DIN 18040 der DIN-Grundsatz der Eindeutigkeit und Widerspruchsfreiheit verletzt, zum anderen sollte nicht ein dem Planen und Bauen eher fremder Fachbereich zuständig sein. Derzeit findet eine detaillierte Überprüfung durch das DIN statt. (BS)

c) Barrierefreiheit als Bestandteil der Regeln für Arbeitsstätten

Soweit Menschen mit Behinderungen beschäftigt werden, sind nach der neuen Arbeitsstättenverordnung Arbeitsstätten so einzurichten und zu betreiben, dass die besonderen Belange dieser Beschäftigten im Hinblick auf Sicherheit und Gesundheitsschutz berücksichtigt werden. Vom Ausschuss für Arbeitsstätten (ASTA) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) ist hierzu eine Arbeitsgruppe unter Leitung der BAK eingerichtet worden, die konkretisierende Anforderungen bezüglich der barrierefreien Gestaltung von Arbeitsstätten erarbeitet. Erste Ausarbeitungen sind fertig gestellt, benötigen aber das Einverständnis des ASTA. Diskutiert wird derzeit, welche Form der Veröffentlichung – Barrierefreiheit als eine gesonderte Regel für Arbeitsstätten (ASR) oder als Anhang zu den jeweils themenspezifischen ASR – für die Praxis die anwendungsfreundlichere ist. (BS)

d) Förderung des seniorengerechten Bauens

Über verschiedene Aktivitäten der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ (Positionspapiere, Parlamentarische Abende und Gespräche) konnte erreicht werden, dass eine neues KfW-Programm „Wohnraum Modernisieren – Altersgerecht Umbauen“ aufgelegt wurde. (BS)

Arbeitsschutz, Sicherheit und Gesundheit – Aufgabe und Pflicht für Planer

a) Arbeitsstättenverordnung

Seit Sommer 2004 ist die neue Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV) in Kraft. Über den Ausschuss für Arbeitsstätten (ASTA) und über 15 Arbeitsgruppen sind die Maßnahmen nach der Verordnung in den Regeln für Arbeitsstätten (ASR) näher zu konkretisieren und die Arbeitsstättenrichtlinien zu ersetzen. Die BAK ist im ASTA vertreten, leitet Arbeitsgruppen und wirkt in etlichen mit. Zu den Inhalten bezieht die BAK kontinuierlich Stellung und bemängelt häufig die fehlende Praxisgerechtigkeit. Die Abstimmungsprozesse im ASTA gestalten sich weiterhin schwierig und langwierig, so dass bisher erst zwei ASR („Sicherheits- und Gesundheitsschutzkennzeichnung“ und „Fluchtwege, Notausgänge, Flucht- und Rettungsplan“) vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales veröffentlicht sind und in Kürze zwei weitere ASR („Türen und Tore“ und „ Sicherheitsbeleuchtung, optische Sicherheitsleitsysteme“) folgen. (BS)

b) „Arbeitsstätten sicher gestalten – Planungshilfe für Architekten“

Gemeinsam mit der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) ist eine internetgestützte Arbeitshilfe sowie ein CD-ROM „Arbeitsstätten sicher gestalten“ entstanden, die in verständlicher Form, den aktuellen Stand der Anforderungen an Arbeitsstätten darstellt und dabei die Arbeitsstättenrichtlinien ebenso wie die Arbeitsstättenregeln berücksichtigt. Die Veröffentlichung erfolgte im Herbst 2008. Eine stetige Anpassung an die ASR ist vorgesehen. (BS)

c) Leitbild „Gute Koordination“

In Ergänzung zum Leitbild Bau des BMVBS hat das BMAS die Leitbilddiskussion zur Qualität der Koordination gemäß Baustellenverordnung initiiert. Grundsätzlich geht es um das Selbstverständnis der Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatoren und eine Beschreibung von Standards. Zudem sollen die Instrumente der Koordination weiterentwickelt werden, um eine stärkere Integration in die Prozessabläufe Planung/Genehmigung/Errichtung zu erreichen. Die BAK unterstützt alle Anstrengungen hinsichtlich der höheren Akzeptanz von Qualität, allerdings sollte diese in dem mit der Baustellenverordnung vorgegebenen Leistungsrahmen erreichbar sein. (BS)

Normung und Musterordnungen

a) Allgemeines

Die Bundesregierung will die Normungstätigkeit als Wirtschafts- und Innovationspotential verstärkt befördern, ohne weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen und sieht hierbei Verbände und Kammern in der Pflicht. Auch die Europäische Kommission sieht Normung als einen erheblichen Wirtschaftsfaktor und nutzt sie zur Umsetzung von politischen Zielen. Weiterhin ist zu beobachten, dass technische Regeln verstärkt durch privatwirtschaftliche Gruppen (z.B. VDI, DEGA, FAS, ZVDH, DGNB) außerhalb der Normung geschaffen werden und damit die Feststellung, was unter den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu verstehen ist, erheblich erschwert ist. Der Aufwand, zu technischen Regeln Stellung zu beziehen, steigt ebenso stetig wie derjenige für die aktive Mitgestaltung in Form der Mitarbeit in den Normausschüssen. (BS)

b) Strategien der EU-Kommission und der Bundesregierung zur Stärkung der Beteiligung von KMU an der Normarbeit

Im Rahmen des „Small Business Act“, einer europäischen Regelung für kleine und mittlere Unternehmen, sowie in der Mitteilung „Für einen stärkeren Beitrag

der Normung zur Innovation“ stellte die EU-Kommission Überlegungen zur Zugänglichkeit von Normen und zur Normungsarbeit an, welche vom BMWi über die Mittelstandsinitiative „Erfolgsfaktor Normung“ und der Gründung der KOMMIT (Kommission Mittelstand) aufgegriffen wurden. Die BAK bringt ihre Position über den Bundesverband der freien Berufe ein, so z.B. hinsichtlich der Probleme Verfügbarkeit und Kosten der Normen sowie des Urheberrechts. (BS)

c) Dienstleistungsnormung – ein neues Normungsfeld

Im Zuge der Globalisierung besteht international wie auch europäisch ein stetig steigender Bedarf an Standardisierung, der über die ursprünglich technisch ausgerichteten Norminhalte hinausgeht und sich mit Themen wie z.B. der Vergabe, Vertragsgestaltung, Leistungsbeschreibung und Definition von Tätigkeitsbereichen als Dienstleistung beschäftigt. So werden z.B. auf ISO-Ebene umfassend das öffentliche Beschaffungswesen und z.B. auf CEN-Ebene „Dienstleistungen im Ingenieurwesen“ oder „Energieeffizienzdienstleistungen“ standardisiert. Die EU-Dienstleistungsrichtlinie sieht die Zertifizierung und die Bewertung durch unabhängige und akkreditierte Einrichtungen, die Erarbeitung von Qualitätscharten oder Gütesiegeln vor, um Dienstleistungserbringer dazu anzuhalten, freiwillig die Qualität ihrer Dienstleistung zu sichern. Hierzu sollen freiwillige europäische Standards entwickelt werden. Da mit erheblichen Normaktivitäten zu rechnen ist, hat die BAK beim DIN darauf hingewirkt, dass auch im Bereich Bauwesen eine Gremienstruktur vorgehalten wird, um Einfluss nehmen zu können. (BS)

d) Umgang mit der Normflut – Beteiligung über die BAK an der nationalen und internationalen Normungsarbeit

Die Architektenkammern der Länder und die BAK sind umfangreich an Normungsvorhaben beteiligt. Da Normung und technische Regeln aber immer mehr an Bedeutung gewinnen, ob nun durch Bezugnahme in Gesetzen und Verordnungen der Länder und des Bundes (z.B. EnEV, ArbStättVO, Technische Baubestimmungen) oder als Untersetzung von EU-Initiativen, Richtlinien und Verordnungen (z.B. Leitmarktinitiative, GebäudeRL, DienstleistungsRL, BauproduktenVO), aber auch als privatwirtschaftlich ausgerichtete technische Regeln (z.B. zum Schallschutz/DEGA, Neugründung des Fachbereichs „Architektur“ beim VDI u.a.), ist zu überlegen, wie die Interessen der Architekten noch angemessen eingebracht werden können. Auf Ebene der BAK werden über den BAK-Ausschuss Planen und Bauen Überlegungen angestellt, wie zukünftig

die Arbeit und die Abstimmung der vielschichtigen Normarbeiten strukturiert werden könnten. (BS)

e) Verfügbarkeit von Normen für Mitglieder

An den Preisen von Normen wird – verbunden mit der Forderung nach kostenloser Verfügbarkeit – immer wieder Kritik geübt. Auch die EU-Kommission hatte diese aufgegriffen, sie aber nach Prüfung des Finanzierungsmodells wieder verworfen. Trotzdem wurden – auch auf Drängen der Kammern und Verbände – eine Reihe den Normanwender unterstützende Maßnahmen eingeleitet. Um den Zugang zu Normen und die Teilnahme an der Normungsarbeit zu erleichtern, werden vom DIN bzw. Beuth-Verlag die Inhaltsverzeichnisse und Kurzbeschreibungen von Normen ebenso wie aktuelle Norm-Entwürfe online kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die BAK verhandelt derzeit mit dem Beuth-Verlag und DIN über ein mit entsprechenden Vergünstigungen zugängliches Online-Normenportal für Architekten und Stadtplaner. (BS)

f) Sonderausschuss des DIN „Verbesserung der Anwendbarkeit von Normung in der Praxis“

Nachdem die BAK immer wieder anmahnt, dass Normen praxisgerechter und verständlich zu gestalten sind, erkennen auch andere Verbände der Bauwirtschaft die Problematik. Inzwischen besteht ein breiter Konsens, gemeinsam im Rahmen des Beirats vom Normenausschuss Bauwesen (NABau) im DIN nach Lösungen zu suchen. Der Sonderausschuss soll unter Beteiligung der BAK ein Konzept erarbeiten, um vereinfachte, auf das Wesentliche reduzierte Normen, die praxisgerecht und verständlich sind, zu erreichen, und will erste Ergebnisse Ende Februar 2010 vorlegen. (BS)

g) INS-Projekt „Einführung von E-learning in die Standardisierung“

Die BAK ist als Mitglied des NABau-Beirats am INS-Projekt (Innovation mit Normen und Standards) „Einführung von E-learning in die Standardisierung“ beteiligt. Ziel ist, geeignete Instrumente und Schulungsmodule zu erhalten, mit denen Architekten, die als Vertreter der Länderarchitektenkammern und der BAK an der Normungsarbeit mitwirken wollen, die hierfür erforderlichen Kenntnisse vermittelt werden können. (BS)

NETZWERK ARCHITEXPORT

Neues vom NAX

Das Netzwerk Architekturexport (NAX) hat sich zu einem etablierten Instrument und globalen Netzwerkpartner für deutsche und ausländische Architekten und Planer entwickelt. Das NAX-Team steht in regelmäßigem Austausch mit vielen internationalen Wirtschaftsinstitutionen sowie Botschaften. Diese werden mit Unterlagen und Informationen unseres NAX versorgt. In den letzten Jahren wurden über 2.000 Infopakete zum NAX weltweit versendet.

Bis Ende des Sommers wird es eine überarbeitete Imagebroschüre geben, die in bewährter Form mit den neuen Profilbögen der NAX-Paten als Informationspaket weltweit an potentielle Partner und Entscheider versendet wird. (GS)

Neuer NAX-Pate

Zur Unterstützung der Arbeit konnte das NAX einen neuen Paten gewinnen. Das Büro für Tragwerksplanung von Schülke und Wiesmann weist Projekte in China, Spanien, den Philippinen und auf der Insel Kish, Iran auf.

Ingesamt wird NAX durch 38 Patenbüros ideell und finanziell unterstützt. Mit den Beiträgen finanzieren wir Medienarbeit und Veranstaltungen. (GS)

NAX Report VIII

Im Oktober 2008 ist die achte Ausgabe des NAX-Reports erschienen. Er informiert detaillierter über besondere Auslandsthemen, über die NAX-Aktivitäten und präsentiert im Ausland erfolgreich tätige kleine und größere Architekturbüros. Die Zielgruppen vom NAX-Report sind vor allem die NAX-Teilnehmer, Investoren und die Politik. (GS)

NAX-Veranstaltungen

a) **Gemeinschaftsstand auf der Architekturmesse „Zodechstvo 2008“**

Vom 17. - 19. Oktober 2008 fand die Architekturmesse „Zodechstvo 2008“ in Moskau statt. NAX hat in Zusammenarbeit mit dem Klub deutscher Architekten und Ingenieure (KdAI) einen Gemeinschaftsstand mit 22 deutschen Architekturbüros organisiert. Die Messe war mit der Rekordbesucherzahl von 48.000 eine erfolgreiche Kontaktbörse für Bauherren, Kollegen und Verantwortliche der Baubranche. (GS)

b) Fachseminar am 25. November 2008 in Hamburg

Das Netzwerk Architekturexport veranstaltete am 25. November 2008 in Zusammenarbeit mit den Architektenkammern Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, der Ingenieur- und Architektenkammer Schleswig-Holstein und dem VBI in Hamburg sein Fachseminar mit dem Schwerpunktthema „Internationales Marketing“. In den drei Podiumsdiskussionen zu Büroorganisation und Akquisition, Marketing sowie Durchführung von Auslandsprojekten haben grenzüberschreitend tätige Architekten und Ingenieure mit Vertretern internationaler Unternehmen und Marketingexperten aus Politik und Wirtschaft diskutiert. (GS)

c) Exportseminar am 26. November 2008 in Köln

Ziel des Exportseminars war es, gemeinsam mit Architekten und Ingenieuren aus Nordrhein-Westfalen verschiedene Strategien des internationalen Marketings zu diskutieren. Das Seminar fand in Zusammenarbeit mit der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, dem NRW International und dem VBI am 26. November 2008 in Köln statt. (GS)

d) Arbeitstreffen der NAX-Paten am 2. Dezember 2008

Das Arbeitstreffen der NAX-Paten fand am 2. Dezember 2008 in der Architektenkammer Baden-Württemberg statt. Das Treffen hatte neben der Möglichkeit zum allgemeinen Austausch drei inhaltliche Schwerpunkte: Zuerst wurde das Thema der internationalen Bewertungssysteme für die Nachhaltigkeit von Gebäuden besprochen. Zusätzlich beschäftigten sich die Teilnehmer mit den Chancen und Risiken bei der Bildung von Konsortien. Als drittes Thema wurden Probleme und Lösungen des Urheberrechtsschutzes in China diskutiert. (GS)

e) Gemeinschaftsstand „German Pavilion“ für Architekten auf der MIPIM in Cannes (10.-13. März 2009)

Zum zweiten Mal konnte die BAK beim AUMA (Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft) eine Förderung für einen Gemeinschaftsstand auf der MIPIM beantragen – eine der wichtigsten internationalen Immobilienmessen. 14 Architekturbüros und fünf weitere Dienstleister nahmen teil (2008: vier Architekturbüros, 17 weitere Dienstleister). Trotz der Wirtschaftskrise wurde der Messeauftritt von den teilnehmenden Planern sehr positiv bewertet – ein dritter Antrag für 2010 ist vom AUMA bereits bewilligt. (CU)

f) NAX-Veranstaltung „Planen und Bauen international“ am 8. April 2009

Eine professionelle Vermarktung des eigenen Büros im In- und Ausland ist unerlässlich, kommt in der Hektik des Büroalltages jedoch oft zu kurz. Daher lud das NAX zum Informationsaustausch über das Auslandsmarketing von Architekten am 8. April 2009 in die Architektenkammer Baden-Württemberg ein. In diesem Rahmen wurden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Auslandsmarketing-Instrumente beleuchtet. (GS)

g) Markterkundungsreise ins Königreich Saudi-Arabien (8.-12. Mai 2009)

Gemeinsam mit dem Verband beratender Ingenieure Vbl hat die BAK über das Programm „Professionals in Dialogue“ des BMWI eine geförderte Reise für Architekten und Ingenieure beantragen können. 15 Planer besuchten an vier Tagen Riyadh und Jeddah mit B2B-Gespächen, Firmenbesichtigungen und Präsentationen, Austausch mit staatlichen und kommunalen Behörden, der German Business Group und Investoren. Die Reise wurde von der AHK Riyadh organisiert und durchgeführt. (CU)

h) NAX-Veranstaltung „Planen und Bauen international“ am 13. Mai 2009

Welche Möglichkeiten gibt es – neben dem Messeauftritt – sich international präsentieren zu können? Welche organisatorischen und fachlichen Erfahrungen sind relevant, unabhängig von der Größe eines Architekturbüros, und welche Perspektiven sind realistisch?

Diese Fragen haben grenzüberschreitend tätige Architekten mit Marketingexperten diskutiert. Die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen fand am 13. Mai 2009 in Wiesbaden statt. (GS)

i) Arbeitstreffen der NAX-Paten am 14. Mai 2008

Im Fokus des Workshops stand das Thema „Weltweite Finanzmarktkrise und Architekten – Strategien aus der Krise?“. In einem ersten Schritt wurde die aktuelle weltweite Entwicklung der Architekturmärkte näher betrachtet und dabei wurden wichtige nationale und internationale Konjunkturpakete vorgestellt. Im zweiten Schritt wurden die Finanzierungs- und Risikoschutzmöglichkeiten behandelt und anschließend strategische Maßnahmen gewerblicher Unternehmen im Bereich Bau und mögliche Schlussfolgerungen für Architekten vorgestellt. Das Treffen fand am 14. Mai 2009 in Düsseldorf statt. (GS)

j) Deutsch-Chinesischer Workshop "Nachhaltige Stadtentwicklung" am 19. Juni 2009 in Shenyang

"Deutschland und China – Gemeinsam in Bewegung" ist eine auf drei Jahre angelegte Veranstaltungsreihe in China und die bisher größte Darstellung Deutschlands im Ausland. Die gemeinsame Schirmherrschaft der Veranstaltungsreihen haben Bundespräsident Horst Köhler und Staatspräsident Hu Jintao übernommen. Zwischen 2007 und 2010 gastiert die Veranstaltungsreihe in mehreren chinesischen Metropolen und regionalen Zentren. Im Jahr 2009 war die Stadt Shenyang die dritte Station. In diesem Rahmen organisierte das Internationale Büro des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in Zusammenarbeit mit NAX am 19. Juni 2009 einen Workshop zum Thema "Nachhaltige Stadtentwicklung". (GS)

EUROPA / INTERNATIONALES

Architects' Council of Europe

Der Rat der Europäischen Architekten (Architects' Council of Europe ACE) wurde am 11. Mai 1990 in Treviso/Italien gegründet. Ihm gehören heute 45 Kammern und Verbände aus allen EU-Staaten sowie Norwegen und der Schweiz als Mitglieder sowie weitere Organisationen mit Beobachterstatus an. Der ACE vertritt somit mehr als 450.000 praktizierende Architekten.

Im Berichtszeitraum war die BAK in diversen Arbeitsgremien aktiv sowie im Finanzkomitee des ACE vertreten. (CS)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#). und [hier](#).

EU-Binnenmarkt und Recht

a) Berufsanerkennungsrichtlinie: Umsetzung

Fortlaufend berichtet wurde im Zeitraum 2008/2009 über die Umsetzung der Berufsanerkennungsrichtlinie, die nach wie vor Mängel im Bereich der Meldung neuer Bachelor- und Masterstudiengänge Architektur an die EU-Kommission aufweist. Um die zuständigen Landesministerien zum Handeln zu bewegen, wurden direkte Kontakte zu Landesverwaltungen und -vertretungen in Brüssel aufgebaut und im Juni 2009 in direkten Gesprächen mit Claudia Dorr,

Abteilungsleiterin Europa im BMWi, ein Staatssekretärsschreiben an die Landesministerien initiiert. Die EU-Kommission hat im Berichtszeitraum einen Leitfaden für die Architektenkammern als zuständige Behörden veröffentlicht, der in der Verwaltungspraxis bei der Durchführung von Anerkennungsverfahren helfen soll. Der EuGH wiederum hat in der sog. Cavallera-Entscheidung die Geltung nationaler Mindestvoraussetzungen zur Ausübung eines reglementierten Berufs anerkannt. Die Notwendigkeit, deutsche Architekten bei der Arbeit in der EU zu unterstützen, hat weiter zugenommen. (JJ)

b) EU-Mittelstandsinitiativen: Small Business Act und Folgemaßnahmen

Im Berichtszeitraum 2008/2009 hat die Europäische Kommission unter dem sog. Small Business Act (SBA) eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) fortgesetzt, mit der die Mobilität dieser Unternehmen in Europa verbessert werden soll. Dazu werden die Mitgliedstaaten in einem eigenen Aktionsplan aufgefordert, die Ziele des SBA im nationalen Zuständigkeitsbereich aktiver umzusetzen. Von besonderem Interesse im SBA waren die Themen Zugang und Kosten der Normung, die in der EU erhebliche Kosten verursachen. Hierzu hat im Februar 2009 ein erstes Gespräch auf Arbeitsebene mit der zuständigen Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission stattgefunden, weitere Gespräche folgen in der zweiten Jahreshälfte 2009. (JJ)

c) Zivilrechtsharmonisierung, gesamtschuldnerische Haftung und Versicherungsmodelle

Im Berichtszeitraum wurde die Mitarbeit des Brüsseler Büros im Arbeitskreis Europa bei der Deutschen Gesellschaft für Baurecht fortgeführt. Die konkreten Ansätze für ein europäisches Bauvertragsrecht werden derzeit gutachterlich untersucht, Ergebnisse sollen bis zum Jahresende 2009 vorliegen. Konkretisiert haben sich auch die Untersuchungen der AG Versicherung des ACE, die in Zusammenarbeit mit der europäischen Versicherungswirtschaft erste Vorschläge für ein europäisches Modell einer Gesamtversicherung gemacht hat. In diesem Modell werden alle an einem Bauprojekt Beteiligten einbezogenen mit dem Ziel, das bekannte Problem der gesamtschuldnerischen Haftung zu umgehen und eine solidarische, verschuldensunabhängige Haftung aller Beteiligten zu erreichen. (JJ)

d) Ergebnisse und Entwicklungen nach der Wahl zum Europaparlament

Vor der im Juni 2009 stattgefundenen Wahl zum Europäischen Parlament wurden Wahlprüfsteine für die berufspolitisch auf europäischer Ebene relevanten Themen ausgearbeitet und eine Reihe von Gesprächen mit Abgeordneten in Brüssel geführt. Von den 99 deutschen Sitzen entfallen auf die CDU 34 Sitze, die CSU 8, die SPD 23, die FDP 12, die Grünen 14 und auf die Linke 8 Sitze. Die für die Arbeit mit den Parlamentariern entscheidende Besetzung der Ausschüsse stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Nach der Konstituierung der Ausschüsse sind Gespräche mit einer Reihe von deutschen und anderen Abgeordneten geplant, die in den berufspolitisch relevanten Ausschüssen für Binnenmarkt, Internationaler Handel, Unternehmen und Industrie sowie Umwelt und Regionalentwicklung die nächsten fünf Jahre tätig sein werden. (JJ)

Europäische Energiepolitik

a) Aktionsplan „Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch“

Am 16. Juli 2009 hat die EU-Kommission den „Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch“ veröffentlicht. Darin vorgeschlagen wird eine Reihe von Maßnahmen, um die Umweltverträglichkeit von Produkten zu verbessern und die Akzeptanz nachhaltiger Erzeugnisse und Produktionstechnologien zu fördern. Umgesetzt werden sollen diese Ziele durch eine Anzahl von Rechtsakten, wie beispielsweise die Ausweitung der Ökodesign-Richtlinie auf energieverbrauchsrelevante Produkte wie Fensterrahmen oder Wasserhähne, die verstärkte Investitionsförderung von ressourcen- und umweltfreundlichen Produktionsabläufen sowie eine Mitteilung über ein umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen. Weiter wird im Laufe des 2. Halbjahres 2009 ein Vorschlag für eine Verordnung über ein System zur Überprüfung der Umwelttechnologie vorgelegt. (TH)

b) Europäisches Energie- und Klimapakete

Die EU-Kommission hat Mitte November 2008 ein weitreichendes Energie- und Klimapakete zur Förderung der Energieversorgungssicherheit und zur Unterstützung der Klimaschutzinitiative im Rahmen des Maßnahmenpaketes „20 und 20 bis 2020“ veröffentlicht. Darin wird vorgeschlagen, einen neuen Aktionsplan für die Energieversorgungssicherheit und -solidarität auszuarbeiten, in dem mehr zur Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung unternommen werden soll. In diesem Zusammenhang hat die Kommission u. a. Leitlinien

vorgeschlagen, um die breite Einführung der Stromerzeugung in hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zu ermöglichen. Ferner soll mit den vorgeschlagenen Maßnahmen ein Beitrag zu den auf dem EU-Gipfel am 13. Dezember 2008 ausgehandelten Klimaschutzzielen geleistet werden. Das Klima- und Energiepaket ist am 17. Dezember 2008 mit überwältigender Mehrheit von den EP-Abgeordneten verabschiedet worden. (TH)

c) Novellierung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD)

Das EU-Parlament hat bei seiner Plenarsitzung am 24. April 2009 die Neufassung der EPBD angenommen. Darin hat das Parlament die EU-Kommission angehalten, bis März 2010 eine einheitliche Berechnungsmethode für die Gesamtenergieeffizienz sowie für die kostenoptimalen Energiestandards einzuführen. Weiter müssen zukünftig Energieausweise Empfehlungen für kostenoptimale Energieeffizienzmaßnahmen – sogenannte Wirtschaftlichkeitsberechnungen – enthalten. Die Mitgliedstaaten werden darüber hinaus aufgefordert, ab 1. Januar 2019 sicherzustellen, dass alle neu gebauten Gebäude so viel Energie erzeugen, wie sie gleichzeitig verbrauchen. Für das weitere Gesetzgebungsverfahren ist nun der Rat aufgefordert, sich auf einen gemeinsamen Standpunkt zu einigen. In diesem Zusammenhang hat die BAK ihre Bedenken gegenüber dem vorliegenden Gesetzestext in einer ausführlichen Stellungnahme gegenüber den Bundesministerien, dem Europaparlament sowie der Ständigen Vertretung zum Ausdruck gebracht. (TH)

Standardisierung und Normierung

a) Novellierung der Richtlinie zur Harmonisierung von Bauprodukten

Am 24. April 2009 hat das Europaparlament mit großer Mehrheit dem Vorschlag der EU-Kommission zur Novellierung der Bauproduktenrichtlinie zugestimmt. Darin wird beispielsweise das Europäische Komitee für Normung (CEN) aufgefordert, Normen zur „Nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen“ auszuarbeiten, sowie festgestellt, dass Bauprodukte während ihres gesamten Lebenszyklus energieeffizient sein müssen. Des Weiteren solle die EU-Kommission innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Verordnung einen Vorschlag für die Überprüfung des europäischen Normungssystems vorlegen, um die Transparenz in seiner Gesamtheit zu erhöhen. Weiterhin strittig zwischen dem EU-Parlament und dem Rat bleibt u. a. die gleichzeitige Verwendung des EC-Kennzeichens mit anderen Gütezeichen. (TH)

b) Studie der Kommission zu einem europäischen Umweltlabel für Gebäude

Die EU-Kommission hat im April 2008 eine Studie zur Entwicklung eines europäischen Umweltlabels für Gebäude in Auftrag gegeben. Beauftragt mit der Durchführung ist die italienische Agentur für Umweltschutz und technische Dienste (APAT). Die angedachte Fertigstellung der Studie wurde von April 2009 auf Dezember 2009 verschoben. Die Studie hat zum Ziel, bereits eingeführte Zertifizierungssysteme wie LEED oder BREEAM zu untersuchen und zu vergleichen, um daraus allgemeingültige freiwillige Kriterien für ein europäisches Label bzw. Zertifikat herauszuarbeiten. Die EU-Kommission hat sich in internen Gesprächen skeptisch zu einer weiteren Ausarbeitung bzw. -gestaltung eines europäischen Umweltlabels geäußert. Grund hierfür ist, dass die derzeit vorliegenden drei Fortschrittsberichte hinsichtlich Qualität und Inhalt den internen Anforderungen nicht genügten und defizitär seien. (JJ/TH)

Stadt- und Regionalpolitik

a) Schlussfolgerungen des Rates zur Architektur

Am 13. Dezember 2008 wurden im Rahmen des EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates über den Beitrag der Architektur zur nachhaltigen Entwicklung veröffentlicht. Diese heben unter Bezugnahme auf die Charta von Leipzig die herausragende Stellung von Architektur und Kultur im Rahmen einer nachhaltigen und integrierten Stadtentwicklung hervor. Weiter wird die Bedeutung der Baukultur für die europäische Stadt unterstrichen und dazu aufgerufen, für die zukünftige Stadtentwicklung einem integrierten Ansatz zu folgen. Der Architektur müsse zudem in allen einschlägigen Politikbereichen ausreichend Rechnung getragen werden. Praktisch umgesetzt werden soll dies u. a. durch die fachliche Einbindung mit EFAP zu architekturelevanten Fragestellungen der EU-Institutionen. (TH)

b) Entschließung des Europaparlaments zur städtischen Dimension

Am 24. März 2009 hat sich das Europaparlament auf seiner Plenarsitzung mit der Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik für die aktuelle Förderperiode 2007 – 2013 befasst. Dies mündete in eine Entschließung zur städtischen Dimension und deren zukünftigen Perspektive nach 2013. Darin werden verschiedene Herausforderungen nachhaltiger Stadt- und Raumentwicklung im Hinblick auf den territorialen Zusammenhalt der EU benannt. So wird z. B. die Bedeutung eines

nachhaltigen Ansatzes in der Stadtplanung hervorgehoben. Empfohlen wird u. a. die Nutzung integrierter Stadtentwicklungspläne bei allen öffentlich geförderten Stadtentwicklungsvorhaben. Die Parlamentarier bekräftigten weiter die Forderung, die bereitstehenden finanziellen und organisatorischen Mittel stärker als bisher zu nutzen. (TH)

Europaseminar

Am 11. September 2008 wurde das 4. Europaseminar der BAK in Berlin zu dem Thema „Wege der Einflussnahme – Zusammenspiel von Bund, Ländern und Europäischen Institutionen bei der Rechtssetzung in Brüssel“ abgehalten. Mit Vertretern des Europaparlaments, der EU-Kommission, der FDP-Fraktion im Bundestag und einer Landesvertretung wurden Fragen zum institutionellen Gefüge sowie zu Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von Bund, Ländern und anderen Akteuren diskutiert. (JJ/CS)

Europäisches Forum für Architekturpolitik

Vom 16. bis 18. April 2009 fand das Europäische Forum für Architekturpolitik (EFAP) in Zusammenarbeit mit der tschechischen Architektenkammer in Prag statt. Das Motto der Konferenz lautete „Umsetzung von Architekturpolitik – neue Erwartungen“. Die halbjährlichen Forumstreffen finden jeweils in dem Land statt, das die EU-Ratspräsidentschaft innehat. In den Präsentationen und Diskussionsrunden wurde ausgeführt, wie Architekturpolitik in den verschiedenen Mitgliedsländern praktisch umgesetzt wird. Beispiele, wie das innerstädtische Entwicklungskonzept für die Hafencity in Hamburg – bei dem ein interaktiver Ansatz aller Planungsbeteiligten zum Tragen kommt – oder das niederländische Netzwerk „Architektur lokaal“, veranschaulichten die praktische Umsetzung von Architekturpolitik auf der städtischen und regionalen Ebene. Der nächste EFAP-Kongress wird im Dezember in Stockholm stattfinden. (TH)

Union Internationale des Architectes

a) Allgemeines

Die Union International des Architectes (UIA) wurde im Juni 1948 mit dem Ziel gegründet, Architektinnen und Architekten aller Länder unabhängig von Nationalität, Rasse, Religion, Architekturausbildung und -lehre weltweit zu vereinigen. Die jeweils größte Architektenorganisation eines Landes wird als so

genannte „nationale Sektion“ Mitglied in der UIA. Dies ist seit Sommer 2002 die BAK. Innerhalb der UIA gibt es weltweit fünf geographische Regionen: Westeuropa, Zentraleuropa und Vorderer Orient, Nord-, Mittel- und Südamerika, Asien und Australien sowie Afrika. Mit knapp 1,5 Millionen Mitgliedern in mittlerweile 132 Ländern ist sie eine der größten bei der UN akkreditierten Nichtregierungsorganisation. Im Berichtszeitraum war die BAK aktiv in diversen Arbeitsgremien der UIA. (CS)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#). oder [hier](#).

b) Die UIA Region I Treffen

Im Berichtszeitraum gab es im September 2008 und März 2009 jeweils ein Treffen der Präsidenten und Vertreter der Mitgliedssektionen der UIA Region I (Westeuropa). Schwerpunkte waren u.a. die Zusammenarbeit zwischen den Regionen I und II, Finanzen, die UIA-Programme zur Weiterbildung (CPD) und zur Hochschulevaluierung sowie die eventuelle Vorbereitung eines Beitrages zur UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen. (CS)

c) Aus den UIA Arbeitsgremien:

Architektur macht Schule (Architecture and Children)

Arbeitsgruppensitzungen in Moskau (Oktober 2008) und Zagreb (April 2009); Vorbereitung eines neuen Preises „Golden Cubes“ für herausragende Initiativen in der Architekturbildung von Kindern und Jugendlichen, der zum ersten Mal zum UIA-Kongress 2011 in Tokio vergeben werden soll. (CS)

Ausbildungskommission (Education Commission)

Sitzungen in London (November 2008) und Paris (Mai 2009); Vorbereitung einer Broschüre und Sammlung aller Beiträge der sogenannten thematischen „Reflection Groups“ als ein Beitrag zum kommenden UIA-Kongress 2011 in Tokio. Verantwortliche Koordinierung durch Prof. Dipl.-Ing. Jörg Joppien, deutsches Mitglied in der Kommission, Mitarbeit durch die BAK. (CS)

Architektur für eine nachhaltige Zukunft (Architecture for a sustainable future)

Arbeitsgruppensitzungen in Darmstadt (Februar 2009) und Paris (Mai 2009); Vorbereitung verschiedener Aktivitäten im Vorfeld sowie während des Klimagipfels im Dezember 2009 in Kopenhagen. Erarbeitung eines ausführlichen

internationalen Konzeptes durch den deutschen Direktor des Arbeitsprogrammes.
(CS)

Webseite zum Denkmalschutz 20. Jahrhundert

Aufruf seitens der BAK zur Mithilfe bei der Einspeisung von relevanten Bauten und Projekten des 20. Jahrhunderts in die o.g. Website der UIA. Sammlung der eingehenden Beiträge und deren Bearbeitung und Eintragung in die Website.
(CS)

UIA-Wettbewerb „Celebration of Cities“ 3

Ausschreibung und Durchführung des Wettbewerbes, der sich international an Architekten und Studenten richtete. Das leider sehr magere Ergebnis von einer eingegangenen Arbeit wurde an die UIA weiter geleitet. Die internationale Auswahl erfolgt im Laufe des Jahres 2009. (CS)

ALLGEMEINE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Imagekampagne

Die BAK hat die Internetseite besser-mit-architekten.de offiziell übernommen, um die Pflege und Erweiterung der Seite selbst vornehmen zu können. Grundsätzlich wird das Layout der Imagekampagne für die Bauherrenansprache verwandt. (UK)

Leitbild Bau

Im Rahmen eines Runden Tisches Bau wurde in Anwesenheit des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Wolfgang Tiefensee am 24. März 2009 das Leitbild Bau verabschiedet.

Die Bundesarchitektenkammer hat sich aktiv an dem Prozess zu einem Leitbild Bau beteiligt und die Belange der Architekten und Ingenieure bei der Formulierung eines modernen Bildes der Planungs- und Baubranche eingebracht.
(TW)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#). und [hier](#).

Leitbild Bau – Studie „Über den Zusammenhang von Qualität, Vergabeart und Vergütung“

Die Studie „Über den Zusammenhang von Qualität, Vergabeart und Vergütung“ im Rahmen der Forschungsinitiative ZUKUNFT BAU untersucht, inwieweit Vergabeart (Preis- oder Leistungswettbewerb) und Vergütung (Anwendung HOAI, freie Preisvereinbarung) Einfluss auf die erzielbare Qualität von Gebäuden haben. Der Autor Prof. Hans Lechner kommt zum Ergebnis, dass die HOAI einen wesentlichen Beitrag zur Bauqualität in Deutschland geliefert hat. Sie kann diese Qualität weiterhin stützen, sofern der Gesetzgeber bereit ist, die HOAI, in Verbindung mit dem Leistungswettbewerb für Planungsleistungen, weiterhin für verbindlich zu erklären. Die BAK hat die Studie finanziell unterstützt. (TW)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Leitbild Bau – Studie "Rolle der Architekten und Ingenieure bei unterschiedlichen Auftraggebermodellen"

Der Forschungsbericht zeigt Schwerpunkte für eine sinnvolle Einbindung von Architekten und Ingenieuren bei unterschiedlichen Auftraggebermodellen auf. Dabei wird auf mögliche neue Tätigkeitsfelder für Architekten und Ingenieure innerhalb einer weiterentwickelten Planungs- und Baubranche eingegangen. Eine Erkenntnis aus der Arbeit ist, dass Architekten und Ingenieure mit ihren Leistungen ein integraler Bestandteil der Wertschöpfungskette Bau sind und in einigen Teilbereichen maßgeblichen Einfluss auf die Wertschöpfung nehmen. Ihre Möglichkeiten hierzu sind aber signifikant an die Form des Auftraggebers sowie die daraus resultierende Beziehung zum Nutzer und zur Qualitätsdefinition gebunden. (TW)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kultur- und Kreativwirtschaft

Im Rahmen der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft der Bundesregierung hat am 11. Februar 2009 das Branchenhearing „Architekturmarkt“ in Hamburg stattgefunden. Gemeinsam mit maßgeblichen Branchenvertretern wurden kultur- und kreativwirtschaftliche Themenfelder in den Blick genommen und der aus Branchensicht bestehende Anpassungs- und Handlungsbedarf diskutiert. Schwerpunkte der Diskussion waren u. a. die wirtschaftliche Bedeutung und die

Strukturen des Architekturmarktes, das Thema Innovation, der Export deutscher Architekturdienstleistungen sowie Fragen der Ausbildung und Qualifikation. (TW)

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Wahlprüfsteine der planenden Berufe in Deutschland zur Bundestagswahl 2009

Zur Bundestagswahl 2009 wenden sich die deutschen Architekten, Innenarchitekten, Landschaftsarchitekten, Ingenieure und Stadtplaner an die zur Wahl stehenden Parteien und ihre Kandidaten und bitten sie, zu den Forderungen der planenden Berufe für die kommende 17. Legislaturperiode Stellung zu nehmen. Die Beantwortung durch die Bundestagsfraktionen ist noch nicht abgeschlossen. (TW)

Die Wahlprüfsteine auf einen Blick:

I. Marktumfeld verbessern

Die Honorarordnung erhalten und modernisieren

Die Vergabe öffentlicher Aufträge transparent und qualitätsorientiert regeln

Mehr Planungswettbewerbe ausloben

Nachhaltigkeit und Klimaschutz durch konsistente und dauerhafte

Rechtsgrundlagen fördern

Eigenverantwortung in der Rentenversicherung stärken

II. Akteure stärken

Die Ausbildung auf hohem Niveau stärken

Existenzgründungen zielgerechter fördern

Finanzierungsalternativen für Kleinstgründungen schaffen

Die Qualität freiberuflicher Planungsleistungen auch in einem europäischen Binnenmarkt stärken

Den Export von Planungsleistungen unterstützen

III. Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen

Investitionsstau im Bausektor auflösen

Die Förderung der Baukultur als festen Bestandteil der Politik verankern

Die Wohnungs- und Städtebaupolitik verstärkt auf integrierte Stadtentwicklung ausrichten

- Den verantwortungsbewussten und qualitätsorientierten öffentlichen Bauherrn stärken
- Die Rahmenbedingungen für einen bedarfsgerechten Wohnungsbau verbessern

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Deutsches Architektenblatt

Das Deutsche Architektenblatt (DAB) verstärkte seine Profilierung zu einem Magazin, in dem Architekten sich selbst, ihre Fragen, Herausforderungen und Erfolge wiederfinden. Hierzu gab es unter anderem zahlreiche Porträts, Interviews, Projektvorstellungen, Diskussionen unter Experten und Lesern sowie Rat und Hinweise zu den Gebieten Büromanagement, Organisation und Märkte, Recht, Technik, Hard- und Software, Bildung und mehr. Das Blatt stellte ehren- und hauptamtlich in der Kammer Engagierte in Gesprächen, Gastbeiträgen und Reportagen vor. Damit soll die Identifikation der Leser mit den Kammern gestärkt und eigenes Engagement von Lesern angeregt werden. Auch Themen, die unter Kammermitgliedern umstritten sind, werden zur Sprache gebracht – stets so, dass die demokratisch gefassten Beschlüsse angemessen zur Geltung kommen. In aktuellen berufspolitischen Fragen, insbesondere zur HOAI, versuchte das DAB nicht nur innerhalb der Architektenschaft zu wirken, sondern auch bei Entscheidern draußen, denen es die Forderungen und Ziele sowie die Geschlossenheit und Entschlossenheit des Berufsstandes darstellte. Die Reaktionen der Leser auf die Weiterentwicklung des Blattes waren größtenteils positiv. Auf Basis des Verlagsvertrags sowie von Grundsatzbeschlüssen des Redaktionsbeirats soll das Blatt in der dargestellten Richtung weiter qualifiziert werden. www.dabonline.de (RS)

Expo Real 6.-8. Oktober 2008 in München: Messeauftritt der BAK

„Nachhaltigkeit“ war eines der Schwerpunktthemen der Expo Real, mittlerweile Europas größter Immobilienmesse, die vom 6. bis 8. Oktober 2008 stattfand. Unter dem Motto „Nachhaltig Planen“ präsentierten sich auch die Bundesarchitektenkammer und die Länderarchitektenkammern mit einem breit gefächerten Veranstaltungsprogramm mit Architekten, Bauherren, Politikern und Wissenschaftlern zum Thema Nachhaltigkeit. Mit dem Messestand der Kammern wurde das Thema erfolgreich vor Ort umgesetzt: Er bestand ausschließlich aus Materialien, die zuvor bei anderen Messeständen Verwendung gefunden hatten.

So präsentierte sich der Stand ressourcenschonend, wirtschaftlich, funktional, ästhetisch – eben nachhaltig. Die „ippolito fleitz group“ hat den Messestand zum iF product design award 2009 in der Kategorie „corporate architecture – Messeauftritte/Ausstellungen“ eingereicht und wurde mit dem iF communication design award 2009 ausgezeichnet. (UK)

IT Workshop und Branchendialog

Am 19. November 2008 hat die BAK zum IT-Workshop geladen, einem Branchendialog zwischen Inhabern von Architekturbüros und Geschäftsführern aus der Bau-Softwareindustrie. Anwender und Anbieter nutzten die Gelegenheit zum Dialog und tauschten sich über ihre jeweiligen Wünsche und Erwartungen aus. Dabei wurde über viele Themen wie Effizienzsteigerung durch IT-Einsatz, Schnittstellen, Preishöhe und Preispolitik, kostenlose Testlizenzen, Software-Updates, Lernaufwand und Bedienbarkeit gesprochen. (JÖ)

AUS DER GESCHÄFTSSTELLE

Optimierung der Kammerzusammenarbeit

a) Deutschlandweite Architektensuchfunktion angestrebt

Nachdem der Abstimmungsprozess zur Architektensuchfunktion mit allen Länderarchitektenkammern abgeschlossen ist, wird das Projekt für eine deutschlandweite Architektensuchfunktion fortgeführt. Um den rechtlichen Rahmenbedingungen und Bedenken einiger Länderarchitektenkammern zu entsprechen, soll die Architektensuchfunktion als reine Personensuche in Form einer Meta-Suche entwickelt werden. Dabei verbleiben die Datenbestände im Wesentlichen bei den Kammern und es erfolgt keine dauerhafte Speicherung der Daten bei der BAK. Um die Antwortzeiten und die Funktionalität dieser Meta-Suche zu messen, wurde zunächst ein erster Testlauf mit vier Länderarchitektenkammern (Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen) durchgeführt. Der Testlauf (<http://bak.lobj.de>) verlief erfolgreich und lieferte im Ergebnis akzeptable Antwortzeiten. Daher wird nun angestrebt, die Suchfunktion für alle Länderarchitektenkammern fortzuentwickeln. (JÖ)

b) Publikationen der Länderarchitektenkammern

Das im April 2008 komplett erneuerte Internetportal www.kammerpublikationen.de ist eine wichtige Hilfe zum Auffinden aktueller Publikationen der Länderarchitektenkammern. Alle Länderarchitektenkammern haben Zugriffs- und Redakteursrechte erhalten, um ihre Publikationen laufend einzupflegen. (JÖ)

Rundfunkgebühren für Internet-PCs

Mit der Erweiterung der Rundfunkgebührenpflicht auf „neuartige Rundfunkempfangsgeräte“ (zum Beispiel PCs mit Internetverbindung, Mobiltelefone), kann es für Freiberufler und Selbständige zu zusätzlichen Gebührenbelastungen kommen. Inzwischen gibt es eine Reihe von Gerichtsentscheidungen zur Rundfunkgebührenpflicht, wonach dienstlich genutzte internetfähige PCs nicht der Rundfunkgebührenpflicht unterliegen, wenn diese nicht zum Zwecke des Empfangs von Radio- und Fernsehprogrammen eingesetzt werden. Allerdings gibt es auch Urteile anderer Gerichte, die die Gebührenpflicht bestätigen. In den meisten Fällen ist allerdings die Berufung zugelassen. Eine endgültige Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes in Leipzig in dieser Sache steht noch aus, ebenso wie die grundsätzliche Reform der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunkgebührensysteams, die voraussichtlich erst 2013 erfolgen wird. Die BAK beobachtet die weitere Entwicklung. (JÖ)

Klima-Manifest „Vernunft für die Welt“

Auf Initiative des BDA haben die Berufsverbände und Kammern der Architekten, Ingenieure, Stadtplaner, Landschafts- und Innenarchitekten die Grundsätze einer neuen, ökologischen Baukultur debattiert. Im Ergebnis entstand das Klima-Manifest, das am 27. März 2009 Bundesbauminister Tiefensee überreicht wurde. Unter dem Titel „Vernunft für die Welt“ wurden die Prinzipien und Perspektiven für eine zukunftsfähige Architektur und Ingenieurbaukunst, die dem verantwortungsbewussten Umgang mit den Ressourcen der Erde gerecht werden, als Selbstverpflichtung vereinbart. Das Manifest soll Prüfstein für die ethische Grundhaltung im alltäglichen Handeln sein. Erstunterzeichner des Manifests sind u.a. Stefan Behnisch, Volker Cornelius, Almut Ernst, Michael Frielinghaus, Manfred Hegger, Christoph Ingenhoven, Thomas Jocher, Tom Kaden, Jens Karstedt, Jan Knippers, Regine Leibinger, Volkwin Marg, Günter Pfeifer, Arno Sighard Schmid, Jörg Schlaich, Michael Schumacher, Albert Speer, Michael Stein, Meinhard von Gerkan, Thomas Willemeit.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).